

Kleine Anfrage

des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP

und

Antwort

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Notendruck in der Grundschule

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die gesundheitlichen und psychosozialen sowie die die Persönlichkeitsentwicklung schädigenden Auswirkungen eines zu frühen und zu hohen Notendrucks in der Grundschule?
2. Welche Maßnahmen hat sie ergriffen und geplant, um im Hinblick auf die Schullaufbahnentscheidung im vierten Schuljahr den Notendruck in der Grundschulzeit so gering wie möglich zu halten?
3. Hat sie Aufklärung und Weiterbildung für Eltern organisiert, die frühzeitigen Notendruck für unvermeidlich halten?
4. Wie beurteilt sie die Tatsache, dass es keine landeseinheitliche Auslegung und Anwendung der Verordnung über die Schülerbeurteilung an Grund- und Sonderschulen gibt?
5. Wie bewertet sie insbesondere die Tatsache, dass das Regierungspräsidium Tübingen angekündigte und ausschließlich mit Noten bewertete Klassenarbeiten bereits im zweiten Grundschuljahr für zulässig hält, obwohl § 1 Absatz 3 der Verordnung für diese Klassenstufe zum Schutze der Schüler nur vorsieht, dass „die vom Schüler im Unterricht und als Hausaufgabe gefertigten schriftlichen und praktischen Arbeiten sowie seine mündlichen Äußerungen sorgfältig beobachtet werden“?

13. 10. 2010

Kluck FDP/DVP

Eingegangen: 13. 10. 2010 / Ausgegeben: 12. 11. 2010

1

Begründung

Aus einer Elternbeschwerde von Eltern der W.-Schule kann man herauslesen, dass die zur Verminderung des Notendrucks in den ersten beiden Jahren der Grundschule von der Landesregierung getroffenen Regeln (insbesondere § 1 Abs. 3 der Verordnung über die Schülerbeurteilung an Grund- und Sonderschulen) nicht umgesetzt werden.

Die W.-Schule, das Schulamtsamt und das Regierungspräsidium Tübingen vertreten danach den Standpunkt, dass es zulässig sei, wenn in der zweiten Grundschulklasse statt der vorgesehenen „Beobachtung“ der verschiedenen „im Unterricht und als Hausaufgaben gefertigten schriftlichen und praktischen Arbeiten sowie seiner mündlichen Äußerungen“ angekündigte Klassenarbeiten geschrieben werden und diese unkommentiert mit einer Note bewertet werden. An derselben Schule sollen auch entgegen der ausdrücklichen Regelung in § 2 Abs. 4 der Verordnung schriftliche benotete Arbeiten im Fach Englisch geschrieben werden.

Antwort*)

Mit Schreiben vom 4. November 2010 Nr. 33–6631.0/162/1 beantwortet das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die gesundheitlichen und psychosozialen sowie die die Persönlichkeitsentwicklung schädigenden Auswirkungen eines zu frühen und zu hohen Notendrucks in der Grundschule?

In den Leitgedanken zum Kompetenzerwerb für das Fach Deutsch im Bildungsplan für die Grundschule 2004 ist verankert, dass Lernbeobachtung, Dokumentation der Lernentwicklung und eine Kultur der Wertschätzung, Rückmeldung und differenzierte Bewertungsformen für die schulische Entwicklung eines Kindes von Bedeutung sind. Aufgabe der Lehrkräfte ist es, die Lernmotivation der Kinder zu unterstützen und das Selbstvertrauen in die eigene Leistung, die Lernfreude und das Selbstwertgefühl der Kinder zu stärken. In diesem Gesamtkontext steht auch die Leistungsbewertung und Notengebung.

Kinder werden schrittweise von einer verbalen Beschreibung ihrer individuellen Entwicklung im Verhalten, Arbeiten und Lernen im Schulbericht bis zum Ende von Klasse 2 zu den ersten Noten in den Fächern Deutsch und Mathematik geführt.

In der Verordnung des Kultusministeriums über die Schülerbeurteilung in Grundschulen und Sonderschulen vom 29. November 1983 (GBl. S. 1984), zuletzt geändert am 17. Juni 2007 (GBl. S. 277), sind für die Klassenstufen 3 und 4 die Anzahl der zu bewertenden schriftlichen Arbeiten in den Fächern Deutsch (mindestens 10 im Schuljahr, davon 5 Aufsätze) und Mathematik (mindestens 8 im Schuljahr) vorgeschrieben.

Auch im 3. und 4. Schuljahr können die Noten durch eine verbale Würdigung im Zeugnis der Grundschule ergänzt werden.

*) Nach Ablauf der Drei-Wochen-Frist eingegangen.

2. Welche Maßnahmen hat sie ergriffen und geplant, um im Hinblick auf die Schullaufbahnentscheidung im vierten Schuljahr den Notendruck in der Grundschulzeit so gering wie möglich zu halten?

Die Notengebung in der 4. Klasse basiert auf den im Bildungsplan vorgegebenen Bildungsstandards der Fächer und Fächerverbünde und setzen sich aus schriftlichen, mündlichen und sonstigen z. B. praktischen Leistungen zusammen.

Das in Baden-Württemberg eingeführte mehrstufige Übergangsverfahren von der Grundschule in die weiterführenden Schulen erlaubt eine differenzierte Beratung der Eltern. Nicht allein die aktuellen Noten in Deutsch und Mathematik im vierten Schuljahr spielen eine Rolle, sondern auch das Lern- und Arbeitsverhalten, die Art und Ausprägung der Leistungen in den Fächern und Fächerverbünden und die gesamte bisherige Entwicklung des Kindes. Die Lehrkräfte orientieren sich in ihren Beratungen auch daran, ob das Kind den Anforderungen der empfohlenen Schulart gewachsen sein wird. Dabei stützen sie sich neben den erbrachten Leistungen auch auf die Entwicklung des Lern- und Arbeitsverhaltens, wie Konzentrationsfähigkeit, Erledigung von Hausaufgaben, Präsentationen usw. Wenn Eltern die Grundschulempfehlung nicht akzeptieren, kann das Beratungsverfahren und/oder die Aufnahmeprüfung in Anspruch genommen werden.

Durch ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Eltern und Schule kann der Leistungsdruck auf die Kinder der 4. Klasse minimiert werden.

Im Schuljahr 2010/2011 wird das Kultusministerium mit ausgewählten Grundschulen ein Konzept zur begleitenden Beratung in der Grundschule erproben, um die Information und Beratung für die Eltern der Grundschule zu intensivieren und kontinuierlicher zu gestalten.

3. Hat sie Aufklärung und Weiterbildung für Eltern organisiert, die frühzeitigen Notendruck für unvermeidlich halten?

Neben der im Schulgesetz vorgesehenen Klassenpflegschaft, die auch die Aufgabe hat, das Zusammenwirken von Eltern und Lehrkräften in der gemeinsamen Verantwortung für die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu fördern, besteht für Eltern die Möglichkeit, sich in Einzelgesprächen über die individuelle Lernentwicklung eines Kindes zu informieren, um Lernprobleme frühzeitig zu erkennen und Fördermaßnahmen abzusprechen.

Ziel ist eine kontinuierliche Beratung mit Eltern. Der Schulbericht zum Ende des 1. Schulhalbjahrs von Klasse 2 kann durch ein verbindliches Elterngespräch ersetzt werden. Im zweiten Schulhalbjahr von Klasse 3 werden in den Fächern Deutsch und Mathematik die zentralen Diagnosearbeiten VERA geschrieben. Diese werden nicht bewertet, bieten jedoch unter anderem die Möglichkeit für ein Gespräch mit den Eltern über den aktuellen Lernstand und die Lernentwicklung eines Kindes.

Neben den individuellen Beratungsangeboten der Grundschule erhalten die Eltern im ersten Schulhalbjahr der Klasse 4 Gelegenheit, sich in einer Informationsveranstaltung über Bildungsauftrag, Arbeitsweisen und Leistungsanforderungen der weiterführenden Schularten zu informieren. Dabei werden mögliche Laufbahnkorrekturen und die im beruflichen Schulsystem angebotenen Weiterbildungsmöglichkeiten thematisiert. Die weiterführenden Schulen bieten hierüber hinaus weitere Informations- und Beratungsangebote, z. B. im Rahmen eines „Tages der offenen Tür“.

Broschüren des Kultusministeriums, wie „Spektrum Schule – Bildungswege in Baden-Württemberg“ oder „Grundschule – Von der Grundschule in die weiterführende Schule“, bieten Eltern schriftliche Informationen und Orientierungshilfen für die Schullaufbahnwahl.

Im Rahmen des geplanten Beratungskonzepts ist auch die Erprobung von Entwicklungsdokumentationen vorgesehen, die als Grundlage für Elterngespräche dienen sollen.

4. Wie beurteilt sie die Tatsache, dass es keine landeseinheitliche Auslegung und Anwendung der Verordnung über die Schülerbeurteilung an Grund- und Sonderschulen gibt?

5. Wie bewertet sie insbesondere die Tatsache, dass das Regierungspräsidium Tübingen angekündigte und ausschließlich mit Noten bewertete Klassenarbeiten bereits im zweiten Grundschuljahr für zulässig hält, obwohl § 1 Absatz 3 der Verordnung für diese Klassenstufe zum Schutze der Schüler nur vorsieht, dass „die vom Schüler im Unterricht und als Hausaufgabe gefertigten schriftlichen und praktischen Arbeiten sowie seine mündlichen Äußerungen sorgfältig beobachtet werden“?

Die Verordnung des Kultusministeriums über die Schülerbeurteilung in Grund- und Sonderschulen macht in § 2 Mindestvorgaben für die Anzahl der in Deutsch und Mathematik anzufertigenden schriftlichen Arbeiten in Deutsch und Mathematik in den Klassen 3 und 4. Diese schriftlichen Arbeiten dienen gemäß § 2 Abs. 2 S. 1 dieser Verordnung der Lernkontrolle und dem Leistungsnachweis.

Für Klasse 2 bestimmt § 1 Absatz 3 dieser Verordnung, dass die vom Schüler im Unterricht und als Hausaufgabe gefertigten schriftlichen und praktischen Arbeiten sowie seine mündlichen Äußerungen sorgfältig beobachtet werden. Im zweiten Schulhalbjahr der Klasse 2 wird gem. § 3 Abs. 1 dieser Verordnung im Fächerverbund Mensch-Natur-Kultur eine Projektpräsentation durchgeführt.

Daraus folgt aber nicht, dass die Anfertigung von benoteten schriftlichen Arbeiten in Klasse 2 generell unzulässig ist. Die vor allem im zweiten Halbjahr der Klasse 2 durchgeführten, in der Regel kurzen, schriftlichen Arbeiten sollen den Lehrkräften Einblick in den Lernstand und die individuelle Lernentwicklung von Kindern geben, auch als Basis für Fördermaßnahmen und die Unterrichtsgestaltung. Weiter verfolgen sie die Zielrichtung, die Schülerinnen und Schüler behutsam an die ab Klasse 3 vorgeschriebenen schriftlichen Arbeiten und deren Benotung heranzuführen.

Ob die Schule entsprechende in Klasse 2 angefertigte schriftliche Arbeiten generell oder partiell mit einer Note, einem Kurzkomentar, einem Punktesystem oder einem den Kindern bekannten Symbol versieht, entscheidet die Grundschule in eigener pädagogischer Verantwortung. Konkret erfolgt dies nach § 47 Abs. 4 Nr. 1 a) SchG i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 4 KonfO durch Beschluss der Gesamtlehrerkonferenz unter Anhörung der Schulkonferenz. Es wäre allerdings der pädagogischen Zielrichtung der genannten Regelung nicht entsprechend, wenn eine Schülerarbeit in Klasse 2 ausschließlich mit einer Note versehen würde.

Für die Fremdsprache in der Grundschule gilt die Regelung in § 2 Abs. 4 der Verordnung über die Schülerbeurteilung in Grund- und Sonderschulen. Sie legt ausdrücklich fest, dass in den Klassen 3 und 4 im Fremdsprachenunterricht

keine schriftlichen Arbeiten wie Vokabeltests, Diktate und Übersetzungen (im Sinne von Prüfungssituationen) gefertigt und zur Notengebung herangezogen werden dürfen. Das schließt aber nicht aus, dass die Kinder mit dem 3. Schuljahr behutsam an das Schreiben in der Fremdsprache herangeführt werden.

Dr. Schick
Ministerin für Kultus, Jugend und Sport